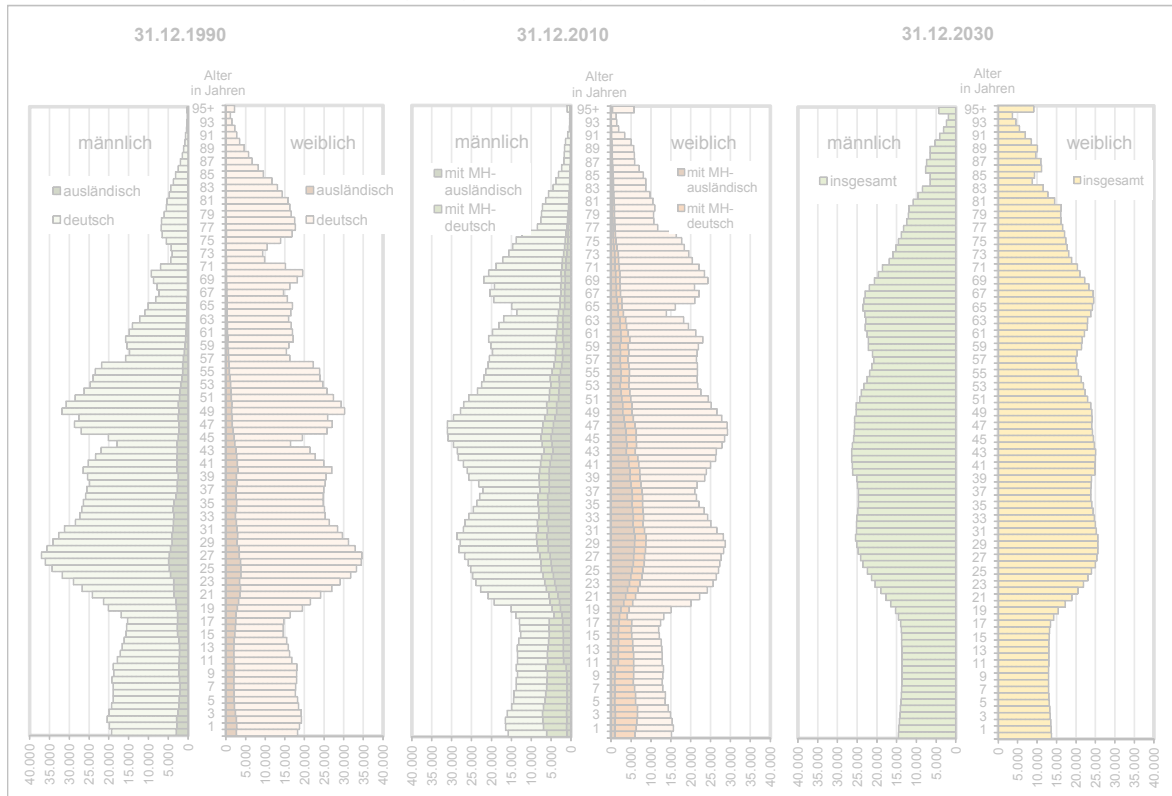


Abbildung 2.2:  
Alterspyramide der Berliner Bevölkerung (0 - 95+ Jahre) am 31.12.1990 und im Prognosejahr 2030 auf Basis der fortgeschriebenen Bevölkerung und am 31.12.2010 auf Basis des Einwohnerregisters nach Altersjahren, Geschlecht und Staatsangehörigkeit bzw. Migrationshintergrund (MH)



(Datenquelle: AfS Berlin-Brandenburg / SenStadt Berlin / Berechnung und Darstellung: SenGesUmV - I A -)

Der Altersaufbau Berlins, wie auch Deutschlands, weicht schon lange von der idealen Vorstellung ab, die sich in Form der klassischen **Bevölkerungspyramide** darstellen lässt: Danach stellen die stärksten Jahrgänge die Kinder und die Besetzungszahlen der jüngeren Jahrgänge verringern sich allmählich als Folge der Sterblichkeit. Stattdessen ist heute das mittlere Alter am stärksten besetzt: Die bevölkerungsstärksten Lebensjahre liegen zwischen 45 und 48 Jahren, dicht gefolgt von den 28- bis 30-Jährigen mit jeweils rund 30.000 Männern und Frauen pro Altersjahr und Geschlecht. Zwanzig Jahre zuvor waren die meisten Berlinerinnen und Berliner im Alter zwischen 25 und 35 Jahren, mit jeweils rund 35.000 Personen pro Lebensjahr und Geschlecht. Schaut man mit Hilfe der für Berlin vorliegenden Bevölkerungsprognose zwanzig Jahre voraus, so zeigt sich, dass sich das Volumen der einzelnen Altersjahre sehr angleicht, die 25- bis 50-Jährigen werden pro Lebensjahr mit jeweils 25.000 Frauen und Männer besetzt sein. Aber auch die 60- bis 70-Jährigen werden mit jeweils 40.000 pro Jahrgang gleichmäßig vertreten sein. Die vielen charakteristischen Einschnitte in der Alterspyramide - bedingt durch den ersten und zweiten Weltkrieg sowie den Geburtenknick in den 1970er Jahren - wachsen mehr und mehr raus, so dass sich die Form von einer vom Wind zerzausten Tanne hin zu einem Laubbaum - ähnlich einer Pappel - mit schmalen Stamm entwickelt (vgl. Abbildung 2.2).

mittleres Lebensalter  
in Bevölkerungs-  
pyramide von 2010  
am stärksten besetzt

Interessant ist die Verteilung der Menschen mit und ohne Migrationshintergrund (darstellbar nur für das Jahr 2010): Über 40 % eines Geburtsjahrganges der heute 0- bis 17-Jährigen haben einen Migrationshintergrund, da seit 01.01.2000 die Optionsregelung gilt, d. h. im Inland geborene Kinder ausländischer Eltern erhalten nach den in § 3 StAG genannten Voraussetzungen zunächst die deutsche Staatsangehörigkeit, ebenso wie Kinder unter 10 Jahren, deren Eltern bis zum 31.12.2000 einen Antrag für diese Regelung gestellt haben.

Ausführliche tabellarische Aufbereitungen zur Berliner Bevölkerung entsprechend dem Indikatorenansatz für die Gesundheitsberichterstattung der Länder stehen in den Tabellen [2.1-1](#), [2.2-1](#), [2.3-1](#), [2.4-1](#), [2.5-1](#), [2.5z-1](#), [2.7-1](#), [2.7-2](#), [2.8-1](#), [2.9-1](#), [2.10-1](#), [2.10-2](#), [2.10z-1](#), [2.11-1](#) und [2.12-1](#) der Berliner Gesundheitsberichterstattung im Internet unter <http://www.gsi-berlin.info/> (Gesundheits- und Sozialinformationssystem - GSI) zum Herunterladen zur Verfügung.

### 2.1.2 Haushalte und Familien

54 % der Berliner Haushalte sind Einpersonenhaushalte – in einem Viertel leben 65-Jährige und Ältere

Im Jahr 2009 gab es in Berlin 1,99 Mio. Haushalte mit rund 3,43 Mio. Haushaltsmitgliedern. Damit ist die Zahl der Privathaushalte seit Anfang der 1990er Jahre um 12 % gestiegen, die Zahl der Haushaltsmitglieder um 1 % gesunken. Die durchschnittliche **Haushaltsgröße** ging zurück: 2009 lebten durchschnittlich 1,7 Personen in einem Haushalt, zwanzig Jahre zuvor waren es noch 1,9 Personen. Mit 54 % überwiegen die Einpersonenhaushalte gegenüber den Mehrpersonenhaushalten. In 25 % der Einpersonenhaushalte lebten ausschließlich Seniorinnen und Senioren. Über alle Altersgruppen betrachtet lebten in den Einpersonenhaushalten je zur Hälfte Frauen und Männer, mit zunehmendem Alter überwiegen in dieser Haushaltsform jedoch die Frauen (65 Jahre und älter: 74 % Frauen). Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit leben häufiger in Mehrpersonenhaushalten.

In 15 % aller Haushalte lebten Familien – dazu zählen entsprechend dem Lebensformkonzept Ehepaare, nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften sowie alleinerziehende Mütter und Väter – mit mindestens einem Kind unter 18 Jahren: Von diesen 308.000 Haushalten verfügten drei Prozent nur über ein **monatliches Haushaltsnettoeinkommen** bis 900 EUR, 35 % gaben an, monatlich 2.600 EUR und mehr zur Verfügung zu haben. Alleinerziehende sind deutlich häufiger unter den Geringverdienern vertreten, 9 % haben nicht mehr als 900 EUR monatlich zur Verfügung, während in der obersten Einkommensgruppe nur sechs Prozent vertreten sind (vgl. im GSI verfügbare Tabellen [2.17-1](#) und [2.17-2](#)).

## 2.2 Ausgewählte Aspekte zur wirtschaftlichen und sozialen Lage

Die gesundheitswissenschaftliche Forschung der letzten Jahre zeigt eindrucksvoll den Zusammenhang zwischen genetischen, biologischen und psychologischen Konstitutionen der Menschen und den gesellschaftlichen, ökonomischen und ökologischen Lebens- und Arbeitsbedingungen<sup>2</sup>. Die Potenziale der Menschen, individuelle und gesellschaftliche Risikofaktoren sowie die Art und Weise ihrer Interaktion entscheiden über Gesundheit oder Krankheit des Einzelnen bzw. ganzer Bevölkerungsgruppen.

Von den Facetten Arbeitslosigkeit, gesundheitsschädigende Arbeitsbedingungen (z. B. Lärm, Stress, unregelmäßige Arbeitszeiten), niedriges Bildungsniveau, niedriges Einkommen über längere Zeiträume (u. a. aus Transferleistungen wie Sozialhilfe, Arbeitslosen- und Wohngeld) sowie unzureichende Wohnbedingungen hinsichtlich der Wohnungsgröße und des Wohnumfeldes geht große soziale Benachteiligung aus. Welche Auswirkungen dies auf den Gesundheitszustand hat, lässt sich jedoch nicht eindeutig für einen Menschen oder eine Bevölkerungsgruppe bestimmen. Wesentlich scheint das Auftreten von Mehrfachbenachteiligungen in Verbindung mit der Dauer der Benachteiligung zu sein, jedoch können bestimmte Phänomene, wie sozialer Zusammenhalt der Familie und anderer sozialer Netze, kompensierend wirken.

Umfangreiche Beschreibungen gibt es z. B. über die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Gesundheit<sup>3</sup>. So werden negative Auswirkungen auf die psychosoziale Gesundheit wie Resi-

<sup>2</sup> Mielck, Andreas (2000): Soziale Ungleichheit und Gesundheit. Empirische Ergebnisse, Erklärungsansätze, Interventionsmöglichkeiten. Bern: Hans Huber; Wilkinson, Richard G. (2001): Kranke Gesellschaften. Soziales Gleichgewicht und Gesundheit. Wien: Springer.

<sup>3</sup> DGB Bereich Arbeitsmarktpolitik (2010): Gesundheitsrisiko Arbeitslosigkeit - Wissensstand, Praxis und Anforderungen an eine arbeitsmarktintegrierte Gesundheitsförderung. arbeitsmarkttaktuell 09/August 2010.

Grobe, T.; Schwarz, F. (2003): Arbeitslosigkeit und Gesundheit. Robert Koch-Institut, Gesundheitsberichterstattung des Bundes, Heft 13.

gnation, Rückzug, vermindertes Selbstwertgefühl, Schlafstörungen, depressive Störungen und Suchtmittelkonsum genannt. Konkret rauchen nach Angaben des Mikrozensus 2009 z. B. arbeitslose Männer mit 49 % häufiger als berufstätige (34 %).

Weniger eindeutig sind somatische Effekte auf Herz-Kreislaufkrankungen, Magen-Darm-Störungen oder bösartige Neubildungen. Aber auch hier gilt: Gesundheitsrelevante Folgen von Arbeitslosigkeit werden durch Alter, Geschlecht, Vorerkrankungen, den sozioökonomischen Status, die Qualifikation, die soziale Unterstützung und individuelle Bewältigungsressourcen beeinflusst. Insgesamt schätzen Arbeitslose ihren Gesundheitszustand zu 23 % als „weniger gut“ und „schlecht“ ein, Berufstätige nur zu 11 %.

## 2.2.1 Bildungsabschlüsse und Erwerbstätigkeit

### 2.2.1.1 Schul- und Ausbildungsabschlüsse

80 % der Berlinerinnen und Berliner haben nach Angaben des Mikrozensus 2009 einen allgemeinen **Schulabschluss**, nicht einbezogen wurden hier noch nicht Schulpflichtige und Schüler. Ohne Schulabschluss sind je fünf Prozent der Frauen und Männer, deutliche Unterschiede zeigt die Differenzierung nach Staatsangehörigkeit: So haben nur drei Prozent der Deutschen keinen Schulabschluss, während es in der ausländischen Berliner Bevölkerung 20 % sind.

Beschränkt man die Analyse auf die 15- bis 64-jährigen Berliner Erwerbstätigen, sinken die Anteile der Kategorie ohne Schulabschluss auf insgesamt drei Prozent. Hier zeigen sich Unterschiede zwischen Frauen (3 %) und Männern (4 %) sowie zwischen Erwerbstätigen mit deutscher (2 %) und ausländischer (15 %) Staatsangehörigkeit. Die Hälfte der Erwerbstätigen mit allgemeinem Schulabschluss hat die Fachhochschulreife bzw. das Abitur erworben, nur jeder Achte weist als höchsten Schulabschluss einen Hauptschulabschluss auf. Beim Vergleich der Geschlechter zeigt sich, dass Männer zu Lasten des mittleren Schulabschlusses häufiger mit der Hauptschule abschließen als Frauen (15 % bzw. 11 %). Abweichend stellt sich die Verteilung bei den erwerbstätigen ausländischen Berlinerinnen und Berlinern mit einem allgemeinem Schulabschluss dar: 22 % erreichten nur einen Hauptschulabschluss, dagegen 61 % den höchsten Abschluss (Fachhochschulreife bzw. Abitur) (vgl. im GSI verfügbare Tabellen [2.13-1](#) und [2.13-2](#)).

die Hälfte der Erwerbstätigen hat Fachhochschulreife bzw. Abitur erworben

Von allen Berlinerinnen und Berlinern haben 64 % einen **berufsbildenden bzw. Hochschulabschluss**, jede vierte Person ist ohne beruflichen Ausbildungsabschluss und 12 % sind unter 15 Jahre und damit noch zu jung für einen derartigen Abschluss. Bei Frauen liegt der Anteil ohne beruflichen Ausbildungsabschluss mit 26 % zwei Prozentpunkte über dem der Männer, während nahezu die Hälfte (47 %) der ausländischen Bevölkerung keinen Abschluss hat.

Unter den 15- bis 64-jährigen Erwerbstätigen liegt der Anteil derjenigen mit einem beruflichen Abschluss bei 81 %, 19 % sind ohne Abschluss. Wie in der Gesamtbevölkerung sind auch hier häufiger Männer (21 %) und ausländische Personen (37 %) ohne Berufsabschluss, allerdings weisen die geringeren Werte in dieser Altersgruppe auf positive Veränderungen der Bildungsstruktur in den jüngeren Jahrgängen hin.

19 % der Erwerbstätigen ohne beruflichen Abschluss, bei ausländischen Personen sogar 37 %

Über die Hälfte (52 %) der Erwerbstätigen mit beruflichem Abschluss hat eine Lehr- bzw. Anlernausbildung absolviert, zu dieser Kategorie zählen auch ein berufliches Praktikum, der Vorbereitungsdienst für den mittleren Dienst in der öffentlichen Verwaltung, ein berufsqualifizierender Abschluss an einer Berufsschule sowie der Abschluss einer 1-jährigen Schule des Gesundheitswesens. Die mittlere Berufsbildungskategorie Fachschulabschluss - dazu zählen auch Meister-/Technikerausbildung, Abschluss einer 2- oder 3-jährigen Schule des Gesundheitswesens, Abschluss

einer Fach- oder Berufsakademie, Abschluss einer Verwaltungsfachhochschule, Abschluss der Fachschule der ehemaligen DDR - haben 11 % der Berliner Erwerbstätigen erworben. Etwas mehr als ein Drittel (37 %) der Berliner Erwerbstätigen kann einen (Fach-)Hochschulabschluss nachweisen. Frauen haben gegenüber Männern häufiger einen mittleren Abschluss (13 % zu 9 %). Von den ausländischen Personen mit beruflichem Abschluss gehören 57 % zur höchsten Kategorie, 37 % zur niedrigsten - bei den Deutschen ist das Verhältnis genau umgekehrt (vgl. im GSI verfügbare Tabellen [2.14-1](#) und [2.14-2](#)).

Nach Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung<sup>4</sup> traten junge Menschen in Deutschland später in den **Arbeitsmarkt** ein als noch 1999 und verblieben dafür länger in Bildung und Ausbildung. Dies macht sich besonders bei den 20- bis 24-Jährigen bemerkbar, von denen 2009 37 % erwerbstätig waren, während dies zehn Jahre zuvor - bei unveränderten Erwerbslosenanteilen - noch auf 44 % dieser Altersgruppe zutraf. Der Einstieg in den Arbeitsmarkt findet jedoch zunehmend über befristete Arbeitsverhältnisse statt: Von den 20- bis 24-jährigen Erwerbstätigen befanden sich 25 % in einem solchen Beschäftigungsverhältnis und von den 25- bis 29-Jährigen 16 %. 1999 lagen die Anteile noch bei 17 bzw. 10 %. Bei den älteren Erwerbstätigen von 35 bis 64 Jahren lag der Anteil 2009 nahezu unverändert bei knapp fünf Prozent.

### 2.2.1.2 Erwerbstätigkeit

Erwerbstätigenquote  
in Berlin bei 65 % -  
seit 1999 Anstieg  
um 4 %-Punkte

1,55 Mio. Berlinerinnen und Berliner waren nach Angaben des Mikrozensus 2009 erwerbstätig, d. h. sie stehen in einem oder mehreren Arbeitsverhältnissen, betreiben selbständig ein Gewerbe oder eine Landwirtschaft oder üben einen freien Beruf aus. Die überwiegende Zahl der Erwerbstätigen (1,53 Mio.) war im Alter zwischen 15 und 64 Jahren, 48 % von ihnen waren weiblich. Die **Erwerbstätigenquote**, d. h. Erwerbstätige bezogen auf die Bevölkerung der gleichen Alters- und Geschlechtsgruppe, lag in Berlin bei 65 % mit einer bezirklichen Spannweite zwischen 54 % in Spandau und 76 % in Pankow. Die Erwerbstätigenquote der Frauen betrug 63 %, die der Männer 67 %, sie sind damit im Vergleich zu vor zehn Jahren um sechs bzw. drei Prozentpunkte gestiegen. Die höchsten Erwerbstätigkeitsquoten hatten Frauen zwischen dem 40. und 49. Lebensjahr mit durchschnittlich 76 %, für Männer lag der Gipfel zwischen dem 35. und 44. Lebensjahr mit durchschnittlich 82 %, wobei sie in den jeweils fünf Lebensjahren davor und danach dem Niveau der höchsten Frauenquoten entsprachen.

Der überwiegende Teil der Erwerbstätigen (61 %) arbeitete im Angestelltenverhältnis (dazu gehören auch Auszubildende in kaufmännischen und technischen Ausbildungsberufen), je 16 % waren Arbeiter und Arbeiterinnen (einschließlich Auszubildende in gewerblichen Ausbildungsberufen) sowie Selbständige. Unter den Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund waren 22 % Selbständige, 24 % Arbeiter und Arbeiterinnen und nur 51 % Angestellte (vgl. im GSI verfügbare Tabellen [2.18-1](#), [2.18-2](#), [2.18-3](#), [2.18-4](#)).

## 2.2.2 Arbeitslosigkeit und ausgewählte Aspekte zur Gesundheit von Arbeitslosen

### 2.2.2.1 Zahl und Struktur der Arbeitslosen

Die Bundesagentur für Arbeit definiert die **Arbeitslosenquote** als Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtzahl aller bzw. der abhängig zivilen Erwerbspersonen (vgl. Erläuterungen). Diese Bezugswerte liegen nicht für die gesundheitlichen Kategorien Schwerbehinderung und Abgang in Arbeitsunfähigkeit vor, d. h. es ist nicht bekannt, wie viele Schwerbehinderte bzw. Arbeitsunfähige

<sup>4</sup> Im Internet unter <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Statistiken/Arbeitsmarkt/content75/JungeMenschenlaengerinBildung,templateId=renderPrint.psml> - zuletzt aufgerufen am 01.08.2011.

unter den zivilen Erwerbstätigen sind. Um jedoch für Vergleiche zwischen den Bezirken, den Altersgruppen und der Staatsangehörigkeit relative Zahlen zu bilden, werden die absoluten Zahlen der Arbeitslosen in Berlin bzw. in den Berliner Bezirken auf die entsprechenden Bevölkerungszahlen im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren oder entsprechender Teilgruppen in Berlin bzw. den Berliner Bezirken bezogen.

Am 31.12.2010 waren in Berlin 218.697 Personen arbeitslos gemeldet, das entspricht bezogen auf die zivilen Erwerbspersonen einer Arbeitslosenquote von 12,8 % (bezogen auf die Anzahl der Einwohner im erwerbsfähigen Alter in Berlin liegt dieser Anteil bei 9,4 %). Die Arbeitslosenquote der Ausländerinnen und Ausländer lag bei 24,1 % (der Quotient aus ausländischen Arbeitslosen und ausländischer Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ergibt 12,2 %).

Arbeitslosenquote  
lag am 31.12.2010  
in Berlin bei 12,8 %

Von den 218.697 Berliner Arbeitslosen wurde der größte Teil (81,9 %) im **Rechtskreis des SGB II** (Grundsicherung für Arbeitssuchende) gezählt. Das waren 7,7 % der Einwohner im Alter von 15 bis 64 Jahren in Berlin. Unter der ausländischen Berliner Bevölkerung dieser Altersgruppe lag der Anteil der Arbeitslosen nach dem SGB II bei 11,0 %, bei den deutschen Staatsangehörigen war er mit 7,1 % niedriger.

Weniger als 20 % der Arbeitslosen waren im **Rechtskreis des SGB III** registriert. Deutlich geringer war daher deren Anteil an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (1,7 %). Anders als beim SGB II lag hier der Arbeitslosenanteil unter den Deutschen (1,8 %) höher als der unter den Ausländern (1,2 %).

Bei den Berliner **Männern** lagen die Anteile der Arbeitslosen an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren höher als bei den **Berlinerinnen** (Männer: 124.475 Pers., 10,7 % / Frauen: 94.222 Pers., 8,2 % - die offizielle Arbeitslosenquote, d. h. berechnet auf die zivilen Erwerbspersonen, betrug 13,9 bzw. 11,5 %). Von 100 männlichen Ausländern dieser Altersgruppe waren 13 arbeitslos, unter den deutschen Männern betraf es ca. 10 von 100. Unter den ausländischen Frauen lag der Anteil der Arbeitslosen mit 11,3 % um 3,7 Prozentpunkte über dem Anteil bei den deutschen Frauen (7,6 %).

Der im **Vergleich der Berliner Bezirke** höchste Anteil an Arbeitslosen an den Einwohnern des Bezirks im erwerbsfähigen Alter war mit 12,3 % für den Bezirk Mitte zu verzeichnen, den niedrigsten Anteil hatte Steglitz-Zehlendorf mit 5,7 %. Betrachtet man für den Bezirksvergleich die offizielle Arbeitslosenquote, d. h. Arbeitslose bezogen auf die zivilen Erwerbspersonen, dann hat Neukölln mit 17,3 % den höchsten Wert, erst danach folgt Mitte mit 12,3 % und Steglitz-Zehlendorf hat mit 10,0 % die niedrigste Quote.

höchste Arbeitslosen-  
quote in Neukölln  
mit 17,3 %, niedrigste  
in Steglitz-Zehlendorf  
mit 10,0 %

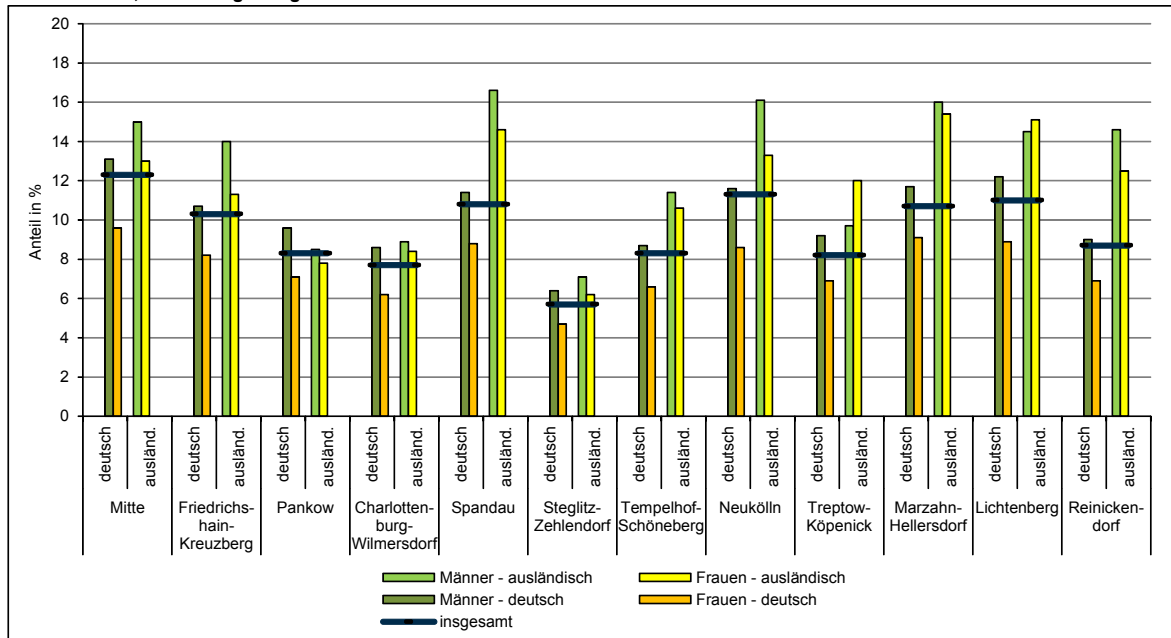
Die Rate arbeitsloser ausländischer Männer zwischen 15 und 64 Jahren unter der gleichaltrigen männlichen Bezirksbevölkerung führte mit 16,6 % Spandau an; in Marzahn-Hellersdorf war der Arbeitslosenanteil unter den Ausländerinnen mit 15,4 % am höchsten. Deutsche Männer wie auch deutsche Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren wiesen die höchsten Anteile an Arbeitslosen im Bezirk Mitte (13,1 % bzw. 9,6 %) auf. In Steglitz-Zehlendorf waren bei deutschen bzw. ausländischen Frauen und Männern die niedrigsten Anteile zu verzeichnen.

Von den **15- bis 24-jährigen** Einwohnern in Berlin waren 5,5 % arbeitslos gemeldet. Betroffen waren 6,4 % der jungen Männer und 4,5 % der jungen Frauen. Nach Staatsangehörigkeit betrachtet gibt es kaum einen Unterschied bei den Arbeitslosenanteilen. Im bezirklichen Vergleich lag in Marzahn-Hellersdorf der Anteil von Arbeitslosen in dieser Altersgruppe (8,1 %) mehr als zweieinhalb Prozentpunkte höher als im Berliner Durchschnitt. In Steglitz-Zehlendorf waren mit 3,1 % die anteilmäßig wenigsten Arbeitslosen zu verzeichnen. Den höchsten Arbeitslosenanteil unter den jungen Ausländerinnen und Ausländern hatte mit 7,4 % Spandau und den niedrigsten Pankow (1,9 %). Steglitz-Zehlendorf hatte den kleinsten Arbeitslosenanteil an Deutschen (3,2 %) in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen, Marzahn-Hellersdorf mit 8,2 % den höchsten.

Der Anteil von Arbeitslosen an der Bevölkerung zwischen **25 und 55 Jahren** in Berlin war am Jahresende 2010 doppelt so hoch (11,0 %) wie in der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen. Der Anteil in der ausländischen Bevölkerung (14,3 %) lag um 4 Prozentpunkte höher als in der deutschen

Abbildung 2.3:

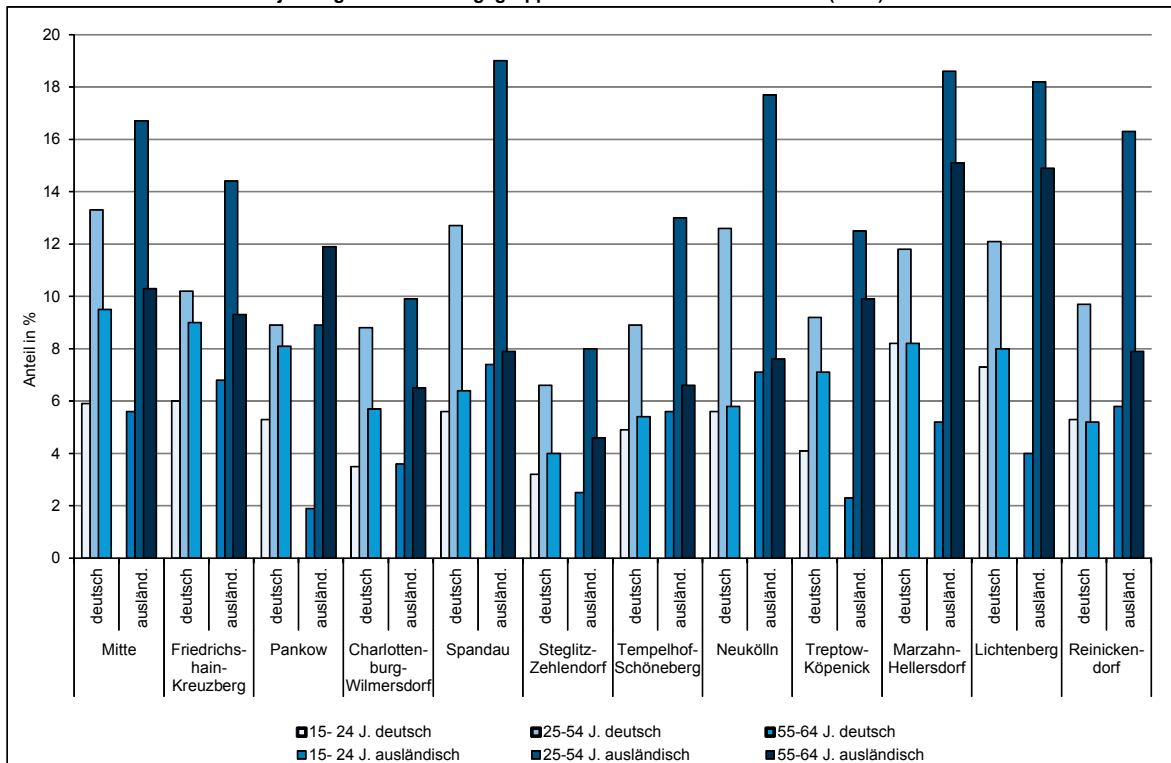
Anteil der Arbeitslosen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe im Alter von 15 bis 64 Jahren (EWR) in Berlin am 31.12.2010 nach Bezirken, Staatsangehörigkeit und Geschlecht



(Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit / Berechnung und Darstellung: SenGesUmV - I A -)

Abbildung 2.4:

Anteil der Arbeitslosen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe im Alter von 15 bis 64 Jahren (EWR) in Berlin am 31.12.2010



(Datenquelle: AFS Berlin-Brandenburg / Bundesagentur für Arbeit / Berechnung und Darstellung: SenGesUmV - I A -)



(10,3 %). Männer (12,3 %) waren stärker betroffen als Frauen (9,7 %). In dieser Altersgruppe hatte Mitte mit 14,5 % den höchsten Anteil an Arbeitslosen, in Steglitz-Zehlendorf lag er am niedrigsten (6,8 %). Der Arbeitslosenanteil der gleichaltrigen Ausländerinnen und Ausländer lag in Spandau (19,0 %) am höchsten.

Unter der **55- bis 64-jährigen** Berliner Bevölkerung lag der Arbeitslosenanteil bei 6,8 %. Von den ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern waren 8,0 % arbeitslos. Bei den Deutschen betrug der Anteil 6,7 %. Männer (7,9 %) hatten einen höheren Arbeitslosenanteil als Frauen (5,8 %). Im Bezirksvergleich war wie bei den 25- bis 54-Jährigen Steglitz-Zehlendorf mit 4,1 % der Bezirk mit dem niedrigsten und Mitte (9,7 %) der Bezirk mit dem höchsten Anteil an Arbeitslosen. Die anteilig meisten Arbeitslosen unter den ausländischen 55- bis 64-Jährigen waren in Marzahn-Hellersdorf (15,1 %) zu finden. Nur 4,0 % der Deutschen waren es dagegen in Steglitz-Zehlendorf.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass in Berlin in allen drei Altersgruppen - bezogen auf die Einwohner gleichen Alters und Geschlechts - die ausländischen Männer am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen waren (vgl. Abbildungen 2.3 und 2.4).

### 2.2.2.2 Arbeitslosigkeit im Zeitraum 2000 bis 2010

Der zeitliche Verlauf der Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt seit 2000 zeigt in Berlin eine fast durchgehende Erhöhung bis zum Jahr 2005, wo sie mit 319.178 Arbeitslosen ihren Höchststand erreichte. Eine erhebliche Rolle spielte die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu einer einheitlichen Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) ab dem 1. Januar 2005. Die Empfänger der früheren Arbeitslosenhilfe gemäß SGB III sowie arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger werden seitdem nicht nur gemeinsam betreut, sondern auch auf gleicher Rechtsgrundlage statistisch erfasst<sup>5</sup>. Das Nebeneinander von zwei unterschiedlichen Systemen wurde abgeschafft. Das ließ die Arbeitslosenzahlen im Jahr 2005 in der Statistik steigen. Im Rechtskreis des SGB III blieben die Arbeitslosen, die Versicherungsleistungen aus der Arbeitslosenversicherung beziehen (Arbeitslosengeld I).

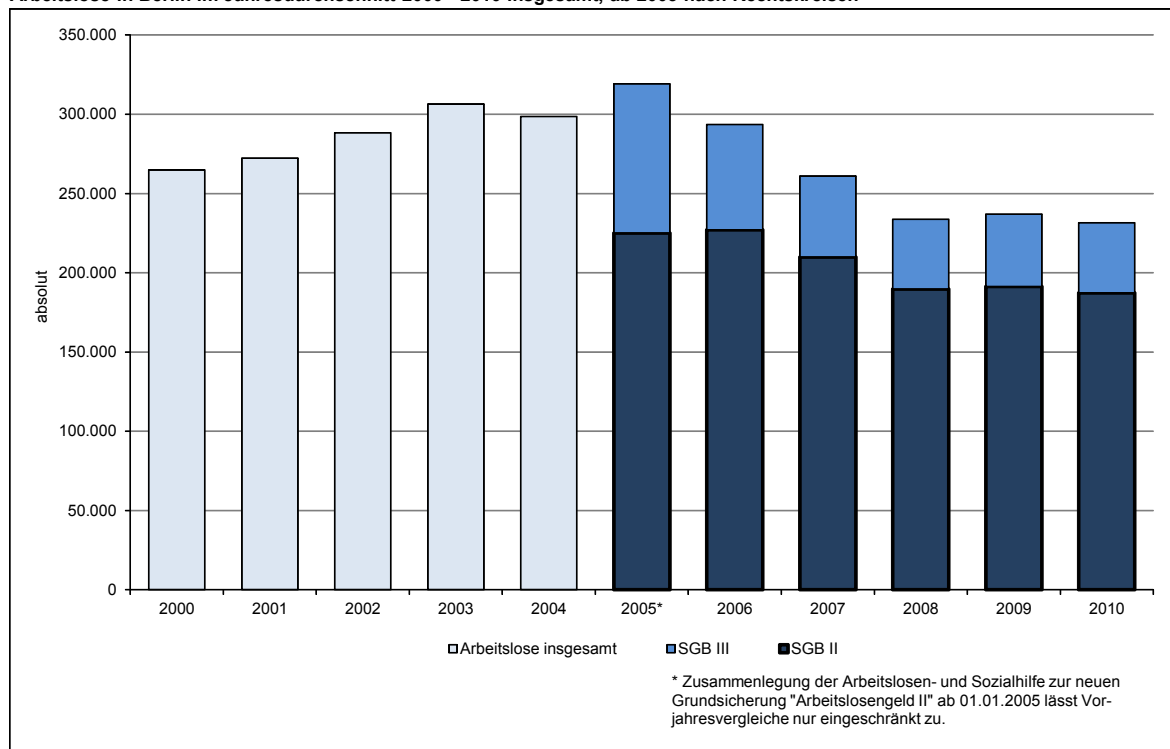
Die Vielzahl der **rechtlichen Veränderungen**, die Einfluss auf die Höhe der Arbeitslosenzahlen gehabt haben dürften, können an dieser Stelle nicht abschließend besprochen werden. Einfluss auf die sinkenden Arbeitslosenzahlen im weiteren Verlauf nach 2005 hatten u. a. die Erhöhung der Anzahl von Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung (§ 3 Abs. 4 SGB III) und von Leistungen zur Eingliederung (§ 16 SGB II). Die Teilnahme an diesen Maßnahmen sollte einen Einstieg in den Arbeitsmarkt begünstigen. Die Personen, die an diesen Maßnahmen teilnahmen, sind in der Zeit der Teilnahme nicht als arbeitslos gezählt worden. Auch die Personen, die die Hilfe von privaten Arbeitsvermittlern (seit 2002 freies Gewerbe) in Anspruch nahmen, erschienen nicht mehr in der Arbeitslosenstatistik.

Seit dem Jahr 2005 verringerten sich die Arbeitslosenzahlen, ab 2008 haben sie sich in ihrer Höhe nur geringfügig verändert. Im Jahresdurchschnitt 2010 gab es in Berlin 231.485 Arbeitslose. Auch das Größenverhältnis der Anzahl der Arbeitslosen nach SGB II bzw. nach SGB III hat sich seit 2008 stabilisiert, u. a. weil die anfänglichen Schwierigkeiten bei der Umstellung auf die verschiedenen Rechtskreise überwunden worden waren (vgl. Abbildung 2.5).

Ausführliche tabellarische Aufbereitungen zur Arbeitslosigkeit entsprechend dem Indikatorenansatz für die Gesundheitsberichterstattung der Länder stehen in den Tabellen [2.20-1](#), [2.20-2](#) und [2.21-1](#) der Berliner Gesundheitsberichterstattung im Internet unter <http://www.gsi-berlin.info/> (Gesundheits- und Sozialinformationssystem - GSI) zum Herunterladen zur Verfügung.

<sup>5</sup> Vor 2005 wurden die Arbeitslosen durch die bundeseigenen Arbeitsagenturen und die Sozialhilfeempfänger durch die kommunalen Sozialämter betreut und verwaltet.

**Abbildung 2.5:**  
Arbeitslose in Berlin im Jahresdurchschnitt 2000 - 2010 insgesamt, ab 2005 nach Rechtskreisen



(Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit / Berechnung und Darstellung: SenGesUmV - I A -)

### 2.2.2.3 Arbeitsunfähigkeit bei Arbeitslosen

Die Datenlage zum **Gesundheitszustand** der Arbeitslosen ist sehr eingeschränkt. Für einen bezirklich differenzierten Überblick steht z. Zt. nur die Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit zur Verfügung, hier werden Arbeitslose erfasst nach Strukturmerkmalen wie Wohnort (Bezirk), Rechtskreisen SGB II/SGB III, Geschlecht, Staatsangehörigkeit, Altersgruppen sowie den gesundheitlichen Merkmalen „Abgang in die Arbeitsunfähigkeit“<sup>6</sup> und „Grad der Behinderung“.

Für die nachfolgende Darstellung wurden Sonderauswertungen der Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Ost, zum 31. Dezember 2010 verwendet.

7 % der im Dezember 2010 arbeitslos gemeldeten Personen waren krank

Danach lagen im Dezember 2010 in Berlin von den 218.697 gemeldeten Arbeitslosen 16.050 Krankmeldungen vor, das entspricht einem Anteil von 7 %. Fast drei Fünftel der Arbeitslosen sind **Männer** (124.475 / 57 %), ihr Anteil an den Krankmeldungen lag jedoch bei nur 49 %. Von den 94.222 arbeitslosen **Frauen** (43 % aller arbeitslos Gemeldeten) lagen somit häufiger Krankschreibungen vor. Das gilt für die deutschen Frauen mit 8 % (Männer 6 %) wie für die ausländischen arbeitslosen Frauen mit 10 % (Männer: 7 %) gleichermaßen.

Das Verhältnis **deutschen zu ausländischen Arbeitslosen** ist 78 % zu 22 %. Ähnlich fällt auch das Verhältnis der Krankmeldungen aus: Drei Viertel (12.144) der Krankmeldungen entfielen auf deutsche Arbeitslose, 3.865 Abgänge in die Arbeitsunfähigkeit auf ausländische Arbeitslose.

Erstaunliche Ergebnisse zeigten die Auswertungen nach **Rechtskreisen**: Die krankheitsbedingten Abmeldungen lagen im Rechtskreis SGB II (Arbeitslosengeld II, genannt „Hartz IV“) fast doppelt so hoch wie im Rechtskreis SGB III (Arbeitslosengeld I): 1.754 Arbeitsunfähigkeitsmeldungen (ent-

<sup>6</sup> Die Daten werden monatlich ausgewertet und enthalten alle Arbeitslosen, die sich in dem betreffenden Monat krankgemeldet haben und damit aus der Arbeitslosenstatistik herausfallen. Dies ist eine Fallzählung, d. h., es ist möglich, dass sich eine Person in einem Monat mehrfach krank meldet. Die Dauer der Arbeitsunfähigkeit kann nicht ausgewiesen werden.



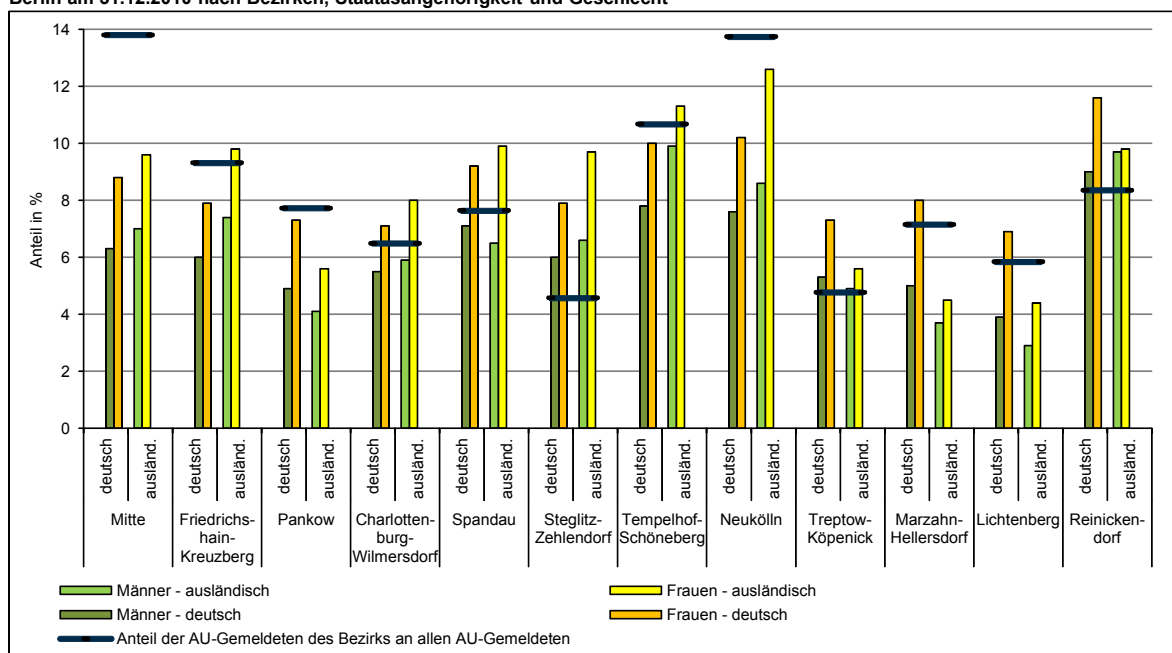
spricht 4 % der Arbeitslosen mit Anspruch nach SGB III) lagen im Dezember von den knapp 40.000 Arbeitslosengeld I-Empfängern und -Empfängerinnen vor. Bei den 179.200 Hartz IV-Empfängern und -Empfängerinnen lag der Anteil bei 8 % respektive 114.300 Krankmeldungen. Ähnliche Aussagen treffen bei Betrachtung nach Geschlecht und Staatsangehörigkeit zu: Auch bei diesen Gruppen lagen im Rechtskreis II mehr Abgänge in Arbeitsunfähigkeit vor und hier vermehrt bei den ausländischen Arbeitslosen. Besonders hoch fiel der Anteil bei den ausländischen Frauen aus: Von den 2.023 Krankmeldungen kamen zu 96 % (1.936) Arbeitsunfähigkeitsmeldungen von Ausländerinnen, die Leistungen nach SGB II erhielten. Das sind 10 % aller weiblichen ausländischen Arbeitslosen, die diese Transferleistungen erhielten. Lediglich 4 % der krankgemeldeten arbeitslosen Ausländerinnen (87 von 2.103) zählten in den Rechtskreis SGB III.

Für **altersspezifische Auswertungen** stehen drei Altersgruppen zur Verfügung: 15 - 24, 25 - 54 und 55 - 64 Jahre. Die über die gesamte Altersspanne von 15 bis 64 Jahren beschriebenen Auffälligkeiten zeigten sich in den drei Altersgruppen gleichermaßen. Jedoch steigt mit zunehmendem Alter der Anteil der Arbeitsunfähigkeitsmeldungen, Frauen im Alter zwischen 55 und 65 Jahren weisen die höchsten Anteile auf: So waren 10 % der Hartz IV beziehenden deutschen Frauen im Dezember 2010 krankgemeldet (SGB III lediglich 5 %; Männer 8 bzw. 4 %). Noch weit höher lag die Rate der älteren ausländischen Empfängerinnen von Arbeitslosengeld II mit fast 15 % vorgelegten Bescheinigungen (SGB III lediglich 6 %; Männer 10 bzw. 5 %).

höchster Anteil von AU-Meldungen bei 55- bis 64-jährigen Ausländerinnen mit Arbeitslosengeld II

Deutliche Unterschiede zeigen sich bei der Betrachtung der einzelnen **Berliner Bezirke**: Von den insgesamt 16.050 im Dezember 2010 eingereichten Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen der Berliner Arbeitslosen entfielen zahlenmäßig die wenigsten auf Steglitz-Zehlendorf (733 bzw. 5 %), während es in Neukölln und Mitte mit je rund 2.200 jeweils 14 % aller Bescheinigungen waren. Beim Verhältnis der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen zu den jeweils gemeldeten Arbeitslosen der Bezirke zeigt sich eine Spannweite von 5 % in Lichtenberg und 10 % in Reinickendorf (vgl. Abbildung 2.6).

**Abbildung 2.6:**  
Anteil der arbeitsunfähig (AU) gemeldeten Arbeitslosen an den jeweiligen Arbeitslosen im Alter von 15 bis 64 Jahren (EWR) in Berlin am 31.12.2010 nach Bezirken, Staatsangehörigkeit und Geschlecht



(Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit / Berechnung und Darstellung: SenGesUmV - I A -)

### 2.2.2.4 Zahl und Struktur der Schwerbehinderten

6,3 % der Berliner Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind schwerbehindert

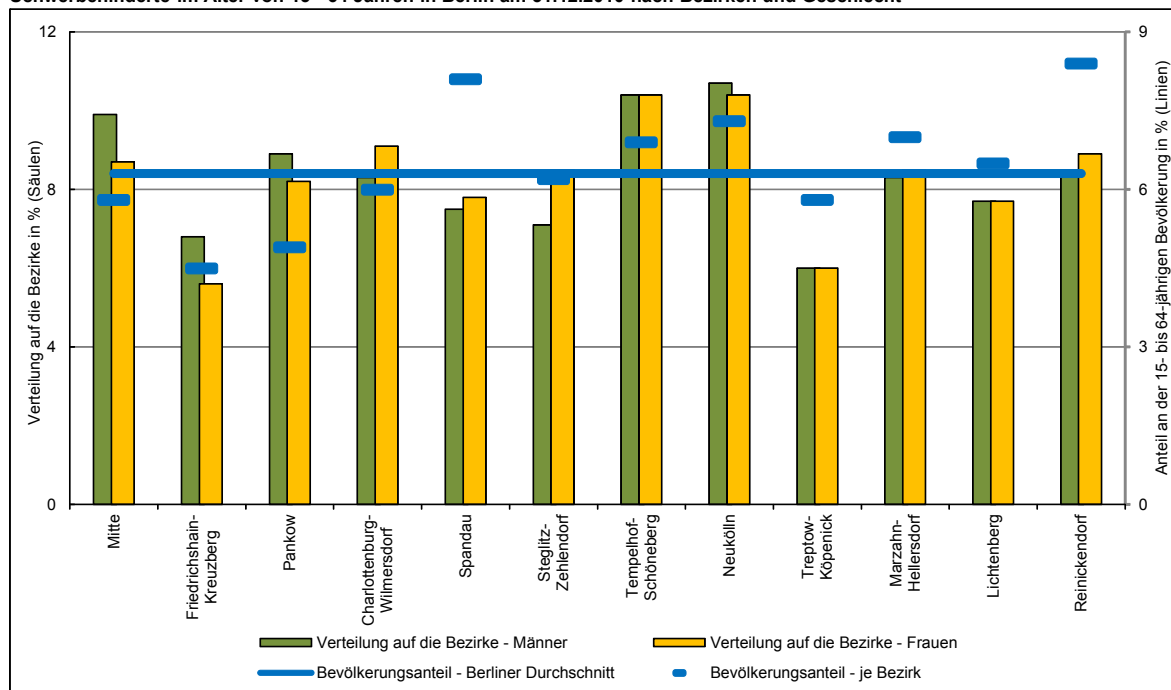
Laut Amt für Statistik Berlin-Brandenburg gab es 2009 in Berlin 146.607 schwerbehinderte Personen im Alter von 15 bis 64 Jahren, denen ein **Grad der Behinderung** (GdB) von 50 und mehr zuerkannt wurde (vgl. den zweijährlich erscheinenden Statistischen Bericht K II 1 - 2j/09 „Schwerbehinderte Menschen in Berlin 2009“ vom Amt für Statistik Berlin-Brandenburg). Damit wiesen 6,3 % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter dokumentierte körperliche, geistige oder seelische Beeinträchtigung auf. 49 % dieser Behinderten waren **männlich** (6,2 % der männlichen Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren) und 51 % bzw. 74.377 Personen waren **weiblich** (6,5 % der Frauen im erwerbsfähigen Alter).

Die **bezirkliche** Verteilung der Schwerbehinderten zeigt für Reinickendorf (8,4 %), Spandau (8,1 %), Neukölln (7,3 %) und Marzahn-Hellersdorf (7,0 %) jeweils über dem Berliner Durchschnitt liegende Anteile der Schwerbehinderten an der Bevölkerung. Unterdurchschnittliche Anteile wiesen die Bezirke Friedrichshain-Kreuzberg (4,5 %), Pankow (4,9 %) sowie Treptow-Köpenick und Mitte mit jeweils 5,8 % auf.

Von allen in Berlin lebenden Schwerbehinderten hatten im Dezember 2009 die meisten ihren Wohnsitz in Neukölln (15.489 bzw. 10,6 %), die wenigsten lebten in Treptow-Köpenick (8.817 bzw. 6,0 %).

Neukölln, Mitte, Pankow und Friedrichshain-Kreuzberg waren die einzigen Bezirke, in denen mehr männliche als weibliche Schwerbehinderte registriert waren (vgl. Abbildung 2.7).

Abbildung 2.7:  
Schwerbehinderte im Alter von 15 - 64 Jahren in Berlin am 31.12.2010 nach Bezirken und Geschlecht



(Datenquelle: AFS Berlin-Brandenburg / Berechnung und Darstellung: SenGesUmV - I A -)

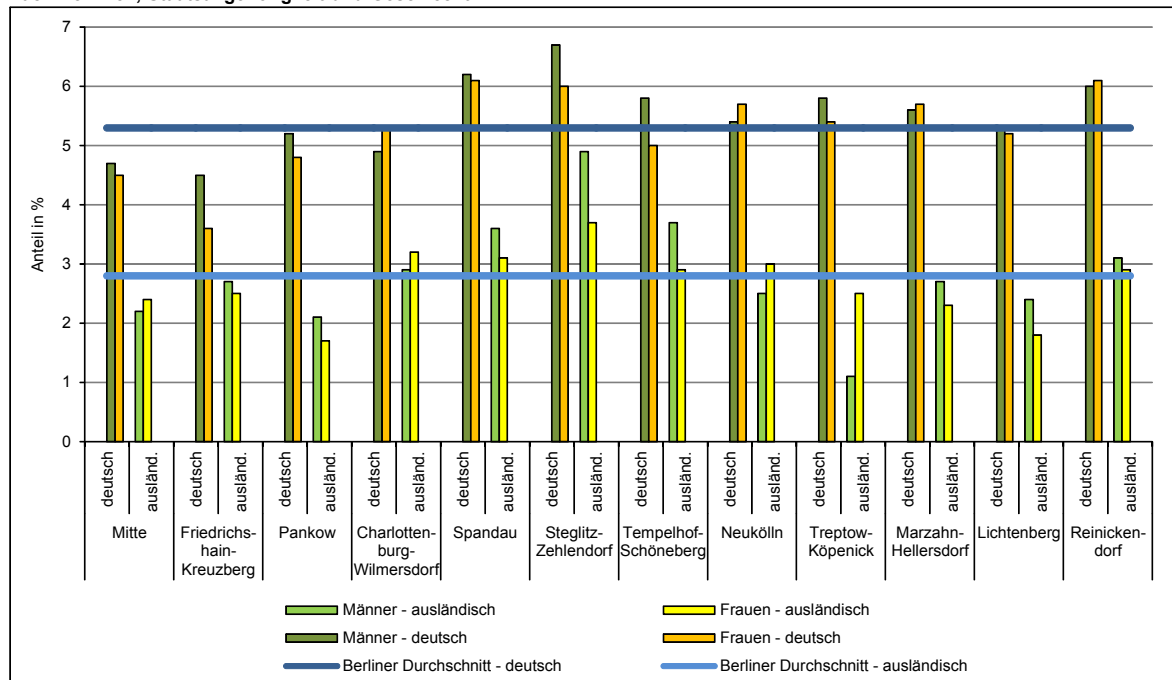
### 2.2.2.5 Schwerbehinderte Arbeitslose

2010 waren fast 5 % aller Arbeitslosen schwerbehindert

Im Dezember 2010 erfasste die Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Berlin-Brandenburg, 10.445 Berliner Arbeitslose mit einem Grad der Behinderung von 50 und mehr, das sind knapp 5 % aller Arbeitslosen (vgl. im GSI verfügbare Tabelle [2.20-2](#)). Etwas über 5 % der deutschen

Arbeitslosen waren schwerbehindert, bei den ausländischen Arbeitslosen lag der Prozentsatz knapp unter 3 %. Überdurchschnittlich viele schwerbehinderte deutsche Arbeitslose beiderlei **Geschlechts**, gemessen an den entsprechenden Arbeitslosen des **Bezirks**, wohnten in den Bezirken Steglitz-Zehlendorf, Reinickendorf und Spandau (je 6 %). In Steglitz-Zehlendorf gab es zudem einen überdurchschnittlichen Anteil Schwerbehinderter bei den ausländischen Arbeitslosen, insbesondere den männlichen. Die Anteile von Personen mit Schwerbehinderung an den ausländischen von Arbeitslosigkeit Betroffenen lagen in Pankow, Treptow-Köpenick und Lichtenberg mit je 2 % unter dem Durchschnitt (vgl. Abbildung 2.8).

**Abbildung 2.8:**  
Anteil der schwerbehinderten Arbeitslosen an allen Arbeitslosen im Alter von 15 bis 64 Jahren in Berlin am 31.12.2010 nach Bezirken, Staatsangehörigkeit und Geschlecht



(Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit / Berechnung und Darstellung: SenGesUmV - I A -)

Die Verteilung der schwerbehinderten Arbeitslosen auf die 12 Bezirke zeigt einen hohen Anteil ausländischer Arbeitsloser mit Schwerbehinderung zwischen 15 und 64 Jahren in Mitte (18 %) und Neukölln (17 %), während in Pankow (3 %), Marzahn-Hellersdorf (2 %) und Treptow-Köpenick (1 %) vergleichsweise wenige schwerbehinderte ausländische Arbeitslose lebten.

Im Dezember 2010 erhielt die Arbeitsagentur von den 10.445 schwerbehinderten Arbeitslosen 1.129 **Arbeitsunfähigkeitsmeldungen**, das heißt circa 11 % aller schwerbehinderten Arbeitslosen meldeten sich krank. Somit lag der Anteil um fast 4 %-Punkte über dem Wert aller krankgemeldeten Arbeitslosen. Auch dieser Gruppe ist gemein, dass sich zum einen wesentlich mehr Frauen als Männer arbeitsunfähig meldeten, zum anderen reichten besonders oft SGB II-Arbeitslose Krankmeldungen ein und hier fielen speziell die ausländischen Frauen mit einem Anteil von fast 20 % (95 von 483) auf. Ein Vergleich mit den Daten des Monats August 2010 bestätigte die Gesamtaussage, zeigte jedoch aufgrund der kleinen Fallzahlen Schwankungen in der bezirklichen Ausprägung, deshalb wird auf eine detaillierte Darstellung verzichtet.

### 2.2.3 Beschäftigung schwerbehinderter Menschen

In der Berliner Verwaltung sind seit 2006 deutlich mehr schwerbehinderte Menschen beschäftigt als vorgeschrieben. Zudem hat sich die Zahl der mit schwerbehinderten Beschäftigten besetzten Arbeitsplätzen in den vergangenen vier Jahren weiter erhöht, wie dem „Bericht über die Erfüllung

der Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen in der Berliner Verwaltung 2010“ zu entnehmen ist<sup>7</sup>.

Berlin belegt mit Beschäftigungsquote für Schwerbehinderte von 7,89 % bundesweiten Spitzenplatz

Die **Berliner Verwaltung** hat gemäß § 71 des Neunten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IX) - wie alle privaten und öffentlichen Arbeitgeber mit jahresdurchschnittlich monatlich mindestens 20 Arbeitsplätzen - die Pflicht, auf wenigstens 5 % der Arbeitsplätze schwerbehinderte Menschen zu beschäftigen. Tatsächlich waren es im Jahr 2009 im Jahresdurchschnitt 7,89 %, d. h. 3.575 mehr als im Gesetz vorgeschrieben. Im Vergleich der

Bundesländer belegt Berlin mit dieser **Beschäftigungsquote** den Spitzenplatz, gefolgt von Hessen (7,77 %) und Bremen (6,52 %). 2009 waren rund 64 % der schwerbehinderten Beschäftigten in den Berliner Behörden Frauen, etwa 36 % Männer.

Die Behörden der Berliner Verwaltung kommen somit der sozialpolitischen Verpflichtung bei der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen vorbildlich nach. Die positive Entwicklung ist auf verschiedene Maßnahmen zur Förderung der Einstellung und Beschäftigung schwerbehinderter Menschen in der Berliner Verwaltung - wie die bevorzugte Vergabe öffentlicher Aufträge an die Behinderten-Werkstätten - zurückzuführen.

Die Beschäftigungsquote in der Berliner Verwaltung hat sich zwischen 2006 und 2009 wie folgt verbessert:

**Tabelle 2.1:**  
**Beschäftigungsquote schwerbehinderter Menschen in der Berliner Verwaltung 2006 - 2010**

Jahr	Ist-Quote (in %)	Beschäftigung Schwerbehinderter		Arbeitsplätze insgesamt (Jahresdurchschnitt)
		Pflichtplätze (Soll)	besetzte Arbeitsplätze (Ist)	
2006	6,75	6.615	8.937	132.302
2007	7,10	6.430	9.139	128.607
2008	6,95	6.828	9.499	136.574
2009	7,89	6.164	9.739	123.291

(Datenquelle: SenInnSport, Berlin)

Betrachtet man **alle anzeigepflichtigen Berliner Arbeitgeber**, so lässt sich für 2009 in Berlin eine Beschäftigungsquote von 5,3 % feststellen, während sie in Deutschland nur bei 4,5 % lag. Das entsprach 49.953 bzw. 907.654 mit Schwerbehinderten besetzten Arbeitsplätzen. Seit 2006 ist die Beschäftigungsquote in Berlin um 0,5, bundesweit um 0,3 %-Punkte gestiegen (vgl. im GSI verfügbare Tabelle [2.18-5](#)).

## 2.2.4 Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte

verfügbares Einkommen der Berlinerinnen und Berliner deutlich unter Bundesdurchschnitt

Entgegen dem Bundestrend hatten die privaten Haushalte Berlins im Jahr 2009 zwei Prozent mehr Einkommen zur Verfügung als im Jahr zuvor. Nach den Ergebnissen der „Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder“ betrug das verfügbare Einkommen der Haushalte berechnet je Einwohner im Durchschnitt 15.843 EUR, damit lag Berlin jedoch 3.140 EUR unter dem Wert für Deutschland und auf Rang 13 aller 16 Bundesländer.

Spitzenreiter im Bundesländervergleich sind Hamburg und Bremen mit 24.137 bzw. 21.156 EUR pro Einwohner und Jahr, noch geringer als in Berlin war das 2009 je Einwohner **verfügbare Einkommen** in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern mit Werten zwischen 15.568 und 15.226 EUR (vgl. im GSI verfügbare Tabellen [2.15-1](#), [2.15-2](#)).

<sup>7</sup> Senatsverwaltung für Inneres und Sport (2010): Bericht über die Erfüllung der Beschäftigtenquote schwerbehinderter Menschen in der Berliner Verwaltung 2010. SenInnSport Berlin.

Anders als das sich aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung der Länder ergebende Gesamteinkommen der privaten Haushalte und der Organisationen ohne Erwerbszweck betrachtet die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe die monatliche Einkommenssituation des einzelnen Haushalts. Dabei errechnet sich das verfügbare Einkommen aus der Summe aller erzielten Einkünfte, abzüglich Steuern und Pflichtbeiträge zur Sozialversicherung und bildet damit das Einkommen, das den Einwohnern für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung steht (vgl. auch Erläuterungen).

Auf Basis der zuletzt 2008 durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichprobe können Einnahmen, insbesondere aber **Ausgaben der privaten Haushalte** dargestellt werden. Danach verfügte ein Berliner Haushalt pro Monat durchschnittlich über 2.331 EUR, die er zu 81 % für private Konsumausgaben verwendete und zu knapp acht Prozent sparte (Deutschland: 76 bzw. 11%). Die Sparrate differiert sehr nach Haushaltsgröße und -typ: So konnten allein lebende Männer sechs Prozent, alleinlebende Frauen jedoch nur zwei Prozent ihres monatlichen Einkommens zurücklegen, Haushalte mit drei bis vier Personen zwischen 11 und 15 %, Alleinerziehende nur zwei Prozent und Personen im Rentenalter griffen auf das Ersparte zurück. Pro Haushalt wurden 26 % des verfügbaren Monatseinkommens für Wohnen, Energie und Instandhaltung der Wohnung ausgegeben (Einpersonenhaushalte 31 %, Haushalte mit vier Personen 21 %), 12 % für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (Alleinerziehende 15 %, Arbeitslose 19 %) und 11 % für Freizeit, Unterhaltung und Kultur (Arbeitslose und Haushalte mit Kindern nur acht bis neun Prozent, Rentner und Rentnerinnen 15 %) (vgl. im GSI verfügbare Tabelle [2.15z-1](#)).

## 2.2.5 Empfängerinnen und Empfänger ausgewählter Leistungen nach SGB XII und nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

### 2.2.5.1 Leistungen nach dem 3. und 4. Kapitel des Sozialgesetzbuches (SGB) XII

Seit dem 01.01.2005 ist die **gesetzliche Grundlage** für den Leistungsbezug von Hilfe zum Lebensunterhalt (HzL) bzw. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung das Sozialgesetzbuch (SGB) XII (3. und 4. Kapitel). Entsprechende Erläuterungen zu diesen Gesetzesgrundlagen wie auch zum Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sind im Basisbericht 2009 bzw. zu den Veränderungen in der Sozialgesetzgebung im Basisbericht 2006/2007 zu finden.

Die nachfolgenden Ausführungen und die zugehörigen, im Gesundheits- und Sozialinformationssystem (GSI) unter <http://www.gsi-berlin.info/> verfügbaren Daten konzentrieren sich jeweils auf den Stand 31.12. der Jahre 2009 und 2010. Darüber hinaus sind weitere Daten im GSI im Bereich Sozialstatistisches Berichtswesen zugänglich, die fortlaufend aktualisiert werden.

#### *Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen (nach Kapitel 3, SGB XII)*

**Hilfe zum Lebensunterhalt** erhielten in Berlin am 31.12.2010 6.946 Menschen. Am 31.12.2009 waren es 6.470 Personen. 2010 lag die **Empfängerzahl** somit um 7,4 % höher als 2009. Im Vergleich zu den Jahren 2007 und 2008, die im Basisbericht 2009 beschrieben wurden, haben sich die Empfängerzahlen (in den Altersgruppen 15 bis 64 Jahre und 65 Jahre und älter) deutlich verringert. Das hängt mit der Ende des Jahres 2007 begonnenen Umstellung auf die neue Fachsoftware im Bereich Soziales zusammen und muss bei der Betrachtung der Daten 2007 und 2008 bzw. der Zeitreihen berücksichtigt werden und hat rein technische Gründe. Die Anteile der Empfängerinnen und Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt an der Gesamtbevölkerung je 1.000 lagen 2009 bei 1,9 und 2010 bei 2,0.

Am 31.12.2010 gab es 3.295 weibliche Empfänger von Hilfe zum Lebensunterhalt (1,9 je 1.000 Einwohnerinnen). Wie auch in den Jahren zuvor lag der **Frauenanteil** an allen Personen, die Hilfe zum Lebensunterhalt erhielten, unter 50 %.



Unter den Personen, die Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt am 31.12.2010 bezogen, hatten 1.037 Personen eine **ausländische Staatsbürgerschaft** (2,2 je 1.000 der ausländischen Bevölkerung), das waren 14,9 % aller Empfänger und Empfängerinnen. Ähnlich sah es zum Jahresende 2009 aus.

Sozialhilfe-  
empfängerquote  
bei unter 15-Jährigen  
am höchsten

Betrachtet man die Empfängerinnen und Empfänger in den drei großen **Altersgruppen** 0 bis 14 Jahre, erwerbsfähiges Alter (15 bis 64 Jahre) und ab 65 Jahre zeigt sich, dass die Sozialhilfeempfängerquote je 1.000 der gleichaltrigen Bevölkerungsgruppe bei den unter 15-Jährigen mit 3,7 deutlich über den Quoten der anderen beiden Altersgruppen lag (15 bis 64 Jahre: 2,1 je 1.000 / ab 65 Jahre: 0,8 je 1.000). Bei den unter 15-Jährigen war gegenüber 2009 eine deutlich stärkere Zunahme der Empfängerquoten zu beobachten als bei den älteren Jahrgängen (Quoten 2009 in den drei Altersgruppen: 3,2 / 2,0 / 0,7).

Die meisten Empfänger und Empfängerinnen lebten am 31.12.2010 im Bezirk Mitte (888 Personen). In der weiteren **bezirklichen Reihenfolge** nach der Höhe der Empfängerzahl folgten Neukölln (822), Charlottenburg-Wilmersdorf (688) und Friedrichshain-Kreuzberg (620). Auch bei den Empfängerquoten (je 1.000 der Bezirksbevölkerung) lagen Mitte und Neukölln mit 2,7 bzw. 2,6 je 1.000 auf den vordersten Plätzen der bezirklichen Rangfolge, danach kamen Reinickendorf (2,4 je 1.000) und Friedrichshain-Kreuzberg (2,3 je 1.000). In den Jahren 2007 bis 2009 befanden sich Mitte und Neukölln stets unter den Bezirken mit den höchsten Empfängeranzahlen bzw. den höchsten Empfängerquoten. Die geringsten Empfängerzahlen wiesen Treptow-Köpenick (416 Personen) und Spandau (428 Personen) auf, die niedrigsten Empfängerquoten unter den im Bezirk Lebenden verzeichneten Pankow und Steglitz-Zehlendorf mit jeweils 1,5 je 1.000 Einwohner.

Die Kinder und Jugendlichen wiesen nicht nur die höchsten Empfängerquoten auf, sondern hier waren auch die größten Unterschiede zwischen den Bezirken zu beobachten; sie reichten von 5,6 je 1.000 in Marzahn-Hellersdorf bis 1,7 in Steglitz-Zehlendorf. Anders als bei den Gesamtquoten zählten Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg, die hier Rang 5 bzw. Rang 8 belegten, nicht zu den vier Bezirken mit den meisten unter 15-Jährigen mit Bezug von Hilfe zum Lebensunterhalt in der Bevölkerung.

In der Altersgruppe der 15- bis 64-Jährigen waren die Empfängerquoten in den Bezirken eher gleich verteilt mit dem höchsten Wert in Mitte (2,7 je 1.000) und dem niedrigsten in Pankow (1,5 je 1.000). Die über 65-Jährigen waren bezogen auf die gleichaltrige Bevölkerung am häufigsten in Charlottenburg-Wilmersdorf auf Hilfe zum Lebensunterhalt angewiesen (2,3 je 1.000), gefolgt von Mitte (1,4) und Steglitz-Zehlendorf (1,1). In Treptow-Köpenick und Lichtenberg waren die wenigsten über 65-Jährigen mit Sozialhilfebezug (jeweils 0,2 je 1.000) anzutreffen (vgl. im GSI verfügbare Tabelle [2.22-1](#)).

#### *Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb von Einrichtungen (nach Kapitel 4, SGB XII)*

Die **Empfängerzahlen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung** lagen Ende des Jahres 2010 mit 50.323 Personen rund 4,0 % über den Werten des Jahres 2009 (48.374 Personen). Diese Tendenz ist mit unterschiedlicher Ausprägung seit 2007 zu beobachten. Der Anteil der Grundsicherungsempfänger und -empfängerinnen bezogen auf die Bevölkerung insgesamt betrug 2010 14,5 je 1.000 Einwohner (2009: 14,1 je 1.000).

Von den Leistungsempfängern von Grundsicherung nach SGB XII waren 26.030 **weiblichen** (ca. 51,7 %) und 24.293 (48,3 %) **männlichen Geschlechts**. Im Vergleich zu 2009 erhöhte sich die Zahl der Leistungsempfänger stärker (+5,8 %) als die der Leistungsempfängerinnen (+2,4 %). Das Gleiche lässt sich am Bevölkerungsbezug ablesen, der bei der weiblichen Bevölkerung 2010 und 2009 14,7 bzw. 14,5 je 1.000 ausmachte, während die Quoten der männlichen Bevölkerung Ende des jeweiligen Jahres bei 14,3 bzw. 13,6 je 1.000 lagen.



Rund 19 % der Grundsicherungsempfänger und -empfängerinnen am Ende des Jahres 2010 hatten die **ausländische Staatsangehörigkeit** (9.408 Personen), die Empfängerzahl lag ca. 8,7 % über der von 2009. Ausländische Grundsicherungsempfänger hatten einen Anteil von 19,9 je 1.000 an der ausländischen Bevölkerung (2009: 18,3).

Hauptempfängergruppe von bedarfsorientierter Grundsicherung sind ältere Menschen; 2010 wurden 28.296 über 65-Jährige unterstützt, das waren 42,8 je 1.000 der gleichaltrigen Bevölkerung (2009: 41,8 je 1.000). Die Quote der 22.027 Empfängerinnen und Empfänger im **Alter** von 18 bis 64 Jahren lag bei 9,6 je 1.000 (2009: 9,1).

Die meisten Grundsicherungsempfänger und -empfängerinnen (6.609 Personen) lebten Ende des Jahres 2010 im **Bezirk** Mitte. Neukölln (6.399 Personen), Tempelhof-Schöneberg (6.024 Personen), Charlottenburg-Wilmersdorf (5.981 Personen) und Friedrichshain-Kreuzberg (5.061 Personen) hatten ebenfalls hohe Empfängerzahlen. Auch 2009 und 2008 zählten diese Bezirke zur Gruppe mit den höchsten Empfängerzahlen. Bezogen auf die jeweilige Bevölkerung wiesen dieselben Bezirke - in etwas veränderter Rangfolge - die höchsten Quoten auf. Neukölln hatte 2010 einen Empfängeranteil von 20,5 je 1.000 (2009: 19,9 je 1.000), Mitte 19,8 je 1.000 (2009: 18,6 je 1.000), Friedrichshain-Kreuzberg und Charlottenburg-Wilmersdorf jeweils 18,7 je 1.000 (2009: 18,3 bzw. 17,7 je 1.000) und Tempelhof-Schöneberg 17,9 je 1.000 (2009: 17,2 je 1.000).

Empfängerquoten  
von Grundsicherung  
am höchsten in Mitte,  
am niedrigsten in  
Treptow-Köpenick

Der Bezirk mit den geringsten Empfängerzahlen war wie im Jahr zuvor auch 2010 Treptow-Köpenick mit 1.972 Personen bzw. 8,1 je 1.000 der Bezirksbevölkerung, d. h. die Quote in Neukölln erreichte das Zweieinhalbfache dieses niedrigsten Bezirkswertes. Im Vergleich absoluter Empfängerzahlen folgten Marzahn-Hellersdorf und Lichtenberg mit 2.477 bzw. 2.790 Personen, in der Rangfolge nach Quoten wurden die an Treptow-Köpenick angrenzenden Plätze von Pankow (8,3 je 1.000 Einwohner) und Steglitz-Zehlendorf (9,6 je 1.000) belegt.

Die **bezirklichen Empfängerquoten** von bedarfsorientierter Grundsicherung in der **Altersgruppe** der 18- bis 64-Jährigen reichten von Neukölln mit dem höchsten Wert (13,3 je 1.000) bis Steglitz-Zehlendorf mit einer Quote von 6,2 je 1.000 Einwohner. Außerordentliche Unterschiede zwischen den Bezirken sind bei den Empfängerquoten der älteren Bevölkerung zu beobachten. Die meisten Empfängerinnen und Empfänger waren in Friedrichshain-Kreuzberg anzutreffen mit 101,6 je 1.000 über 65-Jährige, die niedrigste Quote wies Treptow-Köpenick mit 14,5 je 1.000 auf. Damit errechnete sich für Friedrichshain-Kreuzberg der siebenfache Wert von dem in Treptow-Köpenick und eine Spannbreite von 87,1 (vgl. im GSI verfügbare Tabelle [2.22-1](#)).

#### *Empfängerinnen und Empfänger von Sozialleistungen außerhalb von Einrichtungen nach dem 3. und 4. Kapitel des SGB XII*

Zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes empfangen am 31.12.2010 57.269 Menschen **Sozialleistungen nach dem 3. und 4. Kapitel des SGB XII** (Hilfe zum Lebensunterhalt und bedarfsorientierte Grundsicherung) außerhalb von Einrichtungen, das betraf 16,5 Personen von 1.000 der Bevölkerung. Die Empfängerzahl hat sich im Vergleich zu 2009 um 2.425 Personen (+4,4 %) bzw. um 0,6 je 1.000 Einwohner erhöht.

Von den rund 57.000 Sozialleistungsempfängerinnen und -empfängern außerhalb von Einrichtungen bezogen ca. 12 % **laufende Hilfe zum Lebensunterhalt** und ca. 88 % **bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung**. Die Anteile der Hilfearten an der Gesamtempfängerzahl von Sozialleistungen nach 3. und 4. Kapitel SGB XII sind damit gegenüber dem Vorjahr fast unverändert geblieben (vgl. im GSI verfügbare Tabelle [2.22-1](#)).

### 2.2.5.2 Empfängerinnen und Empfänger ausgewählter Gesundheits- und Pflegeleistungen nach dem SGB XII

Auf Grundlage des Gesetzes zur Modernisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Modernisierungsgesetz - GMG) werden nicht krankenversicherte Empfängerinnen und Empfänger von laufenden Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) XII **leistungsrechtlich den gesetzlich Krankenversicherten gleichgestellt** (sogenanntes „Chipkartenverfahren“). Sie gelten als Anspruchsberechtigte nach § 264 Abs. 2 SGB V. Bezieher von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Dritten Kapitel SGB XII müssen mindestens einen Monat im ununterbrochenen Leistungsbezug stehen. Insgesamt hat damit die überwiegende Mehrheit aller Leistungsberechtigten nach SGB XII einen Anspruch auf die Übernahme der Krankenbehandlung durch die gesetzlichen Krankenkassen. **Leistungen nach dem 5. Kapitel SGB XII - Hilfen zur Gesundheit** - werden insofern vom Sozialhilfeträger nur noch für den Personenkreis direkt erbracht, der im vorgenannten Sinne nicht leistungsberechtigt ist.

Am 31.12.2010 gab es 7.947 Anspruchsberechtigte nach § 264 **SGB V**. Im Vergleich zu 2006 waren das 791 Personen (-9,1 %) weniger. Hilfen zur Gesundheit nach dem 5. Kapitel SGB XII erhielten am 31.12. 2010 259 Personen. Auch von 2006 bis 2009 lag diese Empfängerzahl auf einem geringen Niveau von unter 300 Personen und verringerte sich seit 2006 sogar leicht.

Behinderte Menschen in die Gesellschaft einzugliedern, diese Aufgabe wird durch den Leistungskatalog der **Eingliederungshilfe für behinderte Menschen** gemäß § 53 Abs. 3 SGB XII unterstützt. Dazu gehören Gesundheitsleistungen wie Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und heilpädagogische Maßnahmen für Kinder. Ziel soll sein, eine drohende Behinderung zu verhüten oder eine Behinderung oder deren Folgen zu beseitigen oder zu mildern. Leistungsberechtigt sind Personen, die durch eine Behinderung im Sinne von § 2 Abs. 1 Satz 1 Neuntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB IX) wesentlich in ihrer Fähigkeit, an der Gesellschaft teilzuhaben, eingeschränkt oder von einer solchen wesentlichen Behinderung bedroht sind.

Eingliederungshilfe für behinderte Menschen (6. Kapitel SGB XII) bezogen am 31.12.2010 24.562 Personen. Diese **Empfängerzahl** hat sich von 2006 im Vergleich zu 2010 um 22,9 % (+4.570 Personen) erhöht. Auch die Anzahl der Personen, die Leistungen zur medizinischen Rehabilitation erhielten, erhöhte sich von 2006 zu 2010 auf 106 Personen. Heilpädagogische Maßnahmen beanspruchten am 31.12.2010 326 Personen, 122 mehr als 2006.

Pflegebedürftige sind zunehmend auf Hilfe zur Pflege nach SGB XII angewiesen

Anspruch auf **Hilfe zur Pflege** nach dem 7. Kapitel SGB XII haben Personen, welche pflegebedürftig sind und den notwendigen Pflegebedarf nicht durch eigenes Einkommen, Vermögen oder durch die Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung sicherstellen können. Hilfe zur Pflege umfasst außerhalb von Einrichtungen die häusliche Pflege mit Anspruch auf Pflegegeld und andere Leistungen wie z. B. Hilfsmittel, angemessene Aufwendungen der Pflegepersonen und die Kostenübernahme für die Heranziehung einer besonderen Pflegekraft. In Einrichtungen sind es die stationäre Pflege, die teilstationäre Pflege und die Kurzzeitpflege.

Pflegeleistungen gemäß dem 7. Kapitel SGB XII nahmen am 31.12.2010 26.904 Personen in Anspruch, 4.593 **Leistungsberechtigte** (+20,6 %) mehr als am 31.12.2006. Die Empfängerzahl außerhalb von Einrichtungen (+35,7 %) erhöhte sich seit 2006 viel stärker als die Anzahl der Empfängerinnen und Empfänger, die in Einrichtungen (+5,9 %) lebten (vgl. im GSI verfügbare Tabelle [10.8z-1](#)).

### 2.2.5.3 Empfängerinnen und Empfänger von Regelleistungen nach Asylbewerberleistungsgesetz

Asylbewerber und -bewerberinnen erhalten **Regelleistungen nach § 2 und 3 des Asylbewerberleistungsgesetzes** (AsylbLG). Nach dem Rückgang der **Empfängerzahlen** in den letzten Jahren hat sich 2010 in Berlin die Empfängerzahl im Vergleich zu 2009 wieder erhöht. Am 31.12.2010 erhielten 11.317

Personen Leistungen nach dem AsylbLG, das entspricht einem Anstieg um 8,4 % (+876 Personen) seit dem 31.12.2009. Höhere Empfängerzahlen bei der Zentralen Leistungsstelle (ZLA) und der Zentralen Aufnahmeeinrichtung für Asylbewerber (ZAA) am 31.12.2010 trugen dazu bei.

Empfängerzahlen nach AsylbLG nach rückläufiger Tendenz erstmals wieder zunehmend

Die Empfängerrate von Leistungen nach dem AsylbLG an der Bevölkerung insgesamt lag am 31.12.2010 bei 3,3 je 1.000 und an der ausländischen Bevölkerung bei 24,0 je 1.000 (2009: 3,0 bzw. 22,1).

Das **Geschlechterverhältnis** unter den Asylbewerbern in Berlin lag 2010 wie 2009 bei rund 41 % Frauen zu ca. 59 % Männern.

Nach **Altersgruppen** differenziert war der Anstieg der Empfängerzahlen von 2009 zu 2010 am höchsten bei den 18- bis 24-Jährigen (+15,7 %) und bei den über 50-Jährigen (+13,3 %).

Die meisten Asylbewerber und -bewerberinnen waren zum 31.12.2010 wie auch in den Jahren zuvor - gemessen an den absoluten Zahlen und den Anteilen an der jeweiligen Bevölkerung - in den **Bezirken** Mitte (1.438 Personen / 4,3 je 1.000) und Friedrichshain-Kreuzberg (1.045 Personen / 3,9 je 1.000) untergebracht; bezogen auf die ausländische Bevölkerung des jeweiligen Bezirks führten jedoch Treptow-Köpenick (901 Personen / 112,4 je 1.000 der ausländischen Bevölkerung) und Marzahn-Hellersdorf (539 Personen / 52,6 je 1.000 der ausländischen Bevölkerung) die Rangliste an. Die Bezirke mit den geringsten Asylbewerberzahlen waren Steglitz-Zehlendorf und Reinickendorf (384 bzw. 316 Personen / jeweils 1,3 je 1.000 der Bezirksbevölkerung) (vgl. im GSI verfügbare Tabelle [2.22-2](#)).

## 2.3 Krankenversicherungsschutz der Berliner Bevölkerung

### GKV-Versicherte in Berlin im Jahr 2010

Von den rund 3,4 Mio. Berlinerinnen und Berlinern ist der überwiegende Teil, d. h. rund 2,8 Mio., in der **gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)** versichert. Das sind gemessen an der Berliner Bevölkerung rund 81 % GKV-Versicherte mit Wohnort in Berlin zum 1. Juli 2010.

81 % der Berliner Bevölkerung sind in der GKV versichert

Zu dem Versichertenkreis zählen mit einem Gesamtanteil von 76,4 % (61,7 % der Berliner Bevölkerung) die pflichtversicherten und freiwillig versicherten **Mitglieder und die Rentnerinnen und Rentner**. Darüber hinaus haben die unter bestimmten Voraussetzungen **beitragsfrei mitversicherten Familienangehörigen** ebenfalls Anspruch auf den vollen gesetzlichen Krankenversicherungsschutz, ihr Anteil liegt in Berlin bei 23,6 %.

Die bundesweiten Ersatzkassen (u. a. die Barmer Ersatzkasse, Techniker Krankenkasse) haben mit einem **Marktanteil** von 47,5 % den größten Versichertenanteil in Berlin. Bei der AOK-Gemeinschaft sind 26,0 % Berlinerinnen und Berliner versichert und das BKK-System hat einen Anteil von 21,6 %. Die **Versicherten- bzw. Mitgliederstruktur** der einzelnen Kassenarten ist jedoch unterschiedlich. So hat das AOK-System bei den Mitgliedern den höchsten Anteil an Rentenbeziehenden mit 43,8 % in Berlin zu verzeichnen. Bei den Ersatzkassen liegt der Anteil der Rentnerinnen und Rentner dagegen nur bei 25,6 % und bei den BKKn bei 26,7 % (vgl. im GSI verfügbare Tabellen [10.18-1](#), [10.18-2](#), [10.19-1](#), [10.19-2](#), [10.19-3](#) und [10.19-4](#)).

### Gesundheitsfonds und Morbi-Risikostrukturausgleich

Seit dem 01.01.2009 verwaltet das Bundesversicherungsamt (BVA) zentral die zur Finanzierung der GKV benötigten Finanzmittel als **Gesundheitsfonds**. Hier fließen die Krankenversicherungsbeiträge und der Steuerzuschuss des Bundes für versicherungsfremde Leistungen zusammen. Im Startjahr